

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksache 19/16044 –

**Wissenschaftskommunikation stärken – Strukturen sichern, neue
Möglichkeiten schaffen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst,
Dr. Marc Jongen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/16053 –

Deutsch als Wissenschaftssprache erhalten und stärken

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Dr. Götz Frömming,
Dr. Michael Ependiller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/19524 –

**Framing der Wissenschaftskommunikation für gesellschaftspolitische
Ziele im Namen der Wissenschaftsfreiheit verhindern**

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/17517 –

Echte Wissenschaftskommunikation – Glaubwürdig und beteiligungsstark

- e) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anna Christmann, Kai Gehring, Margit Stumpp, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/20041 –

Wissenschaft im Dialog mit Gesellschaft – Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus umfassend stärken

A. Problem

Zu Buchstabe a

Im wissenschaftlichen Prozess sind ein exponentielles Wachstum wissenschaftlicher Erkenntnisse und veröffentlichter Ergebnisse sowie eine zunehmende Komplexität, eine zunehmende Geschwindigkeit und ein steigender Aufwand an personellen und technischen Ressourcen zu verzeichnen. Entsprechend groß sind die Anforderungen und Erwartungen an die Qualitätssicherung der wissenschaftlichen Arbeit und an den Beitrag der Wissenschaftskommunikation mit Blick auf die Verbreitung und Aufbereitung dieser Erkenntnisse und ihre kritische Reflexion. Auch die grenzenlose Internationalisierung und die damit einhergehende Verdichtung im medialen Austausch stellen zusätzliche Anforderungen an die Wissenschaftskommunikation. Das gestiegene Interesse an Wissenschaft und der hohe Bedarf an Information und Kommunikation zu wissenschaftlichen Erkenntnissen spiegeln sich auch in offenen Online-Communities wie z. B. der Online-Enzyklopädie Wikipedia und ihren Schwesterprojekten wider.

Zu Buchstabe b

Die deutsche Sprache verliert in der Wissenschaft immer mehr an Bedeutung. Der Anteil der auf Deutsch verfassten naturwissenschaftlichen Publikationen betrug im Jahr 1920 weltweit circa 45 Prozent und ist seither kontinuierlich auf eine Grö-

Benennung von 2 Prozent im Jahr 2005 zurückgegangen. Zudem werden wissenschaftliche Fachtagungen auch hierzulande immer öfter nicht in deutscher, sondern in englischer Sprache abgehalten. Auch wenn Wissenschaftler Fördermittel beantragen, schreiben sie immer häufiger auf Englisch. Hinzu kommt, dass immer mehr Hochschulen und Universitäten in Deutschland ganze Studiengänge in englischer Sprache anbieten.

Zu Buchstabe c

Es besteht die Gefahr einer Instrumentalisierung der Wissenschaftskommunikation für gesellschaftspolitische Ziele, die auf der Basis des Grundsatzpapiers des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zum Thema Framing geplant seien. Die Wissenschaftskommunikation, die zum integralen Bestandteil einer „Third Mission“ der Hochschulen neben Lehre und Forschung erklärt wird, soll mit einem Framing in den Dienst genommen werden. Framing meint hier, dass ein Deutungsrahmen geschaffen und mittels Emotionalisierung eines Sachthemas versucht wird, gegenläufige Deutungen und Positionierungen im öffentlichen Diskurs zu marginalisieren. Bedenklich ist, dass die Qualitätssicherung von Forschung in Frage gestellt wird, wenn die Diskussion wie beabsichtigt öffentlich und allgemein wird. Fragwürdig ist zudem, dass die Kommunikation auch von den Forschenden selbst geleistet werden soll. Das bindet Kapazitäten, die den Forschenden für ihr eigenes Thema nicht mehr zur Verfügung stehen.

Zu Buchstabe d

Technologischer Wandel vollzieht sich immer schneller. Die gesellschaftlichen Debatten, aus denen sich auch Regulierung und Normierung der Neuerungen entwickeln, kommen bei diesem Tempo kaum noch hinterher. Die Kluft zwischen der schiereren Menge an Erkenntnissen und dem, was Einzelne und die Gesellschaft verarbeiten und sich zu eigen machen können, wächst. Je nachdem, wen die jeweiligen Forschungsergebnisse betreffen, dürfen die Informationen zu Wissenschaftsthemen nicht nur wie bisher üblich auf das Bildungsbürgertum ausgerichtet sein, sondern müssen alle Schichten der Gesellschaft erreichen. Die hierin liegende Herausforderung wächst in Zeiten wachsender Wissenschaftsfeindlichkeit und auch angesichts der Komplexität der Herausforderungen und Lösungen. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im September 2019 vorgestellte, gerade einmal drei Seiten umfassende Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation wird dieser Problematik bei Weitem nicht gerecht.

Zu Buchstabe e

Wissenschaftskommunikation aus der Wissenschaft heraus fristet – jenseits von einzelnen engagierten Forschenden – weiterhin ein Nischendasein. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wirken sich Aktivitäten in der Wissenschaftskommunikation in der Regel nicht unmittelbar karrierefördernd aus. Aus- und Weiterbildungsangebote in der Wissenschaftskommunikation sind Mangelware und nur in seltenen Fällen Teil der Ausbildung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Eine Wissenschaftskommunikationsforschung, die bestehende Formate evaluiert und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft, ist quasi nichtexistent. Hinzu kommt, dass der Einbruch der Werbeeinnahmen infolge der Corona-Pandemie die bereits schwierige wirtschaftliche Lage des Journalismus und damit auch des Wissenschaftsjournalismus verschlechtert.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Die Wissenschaftsgesellschaft braucht eine umfassende und hochwertige Wissenschaftskommunikation. Wenn der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gestärkt werden soll, ist es wichtig, die ganze Spannweite der Akteure der Wissenschaftskommunikation zu berücksichtigen. Die Wissenschaft muss u. a. darin unterstützt werden, sich einer möglichen Spaltung der Bevölkerung in einen kleineren Kreis von wissenschaftsaffinen Menschen und einer größeren Zahl von wissenschaftsfernen oder gar wissenschaftsfeindlichen Menschen entgegenzustellen. Hierzu müssen auch die Verbindungen der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zu den Bildungseinrichtungen in der ganzen Bildungsbiografie von der frühkindlichen Bildung über die Schulen und die Berufsbildung bis zur Erwachsenenbildung ausgebaut und aktiv genutzt werden.

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/16044 in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

In enger Abstimmung mit sprach- und wissenschaftssprachpflegerischen Institutionen in Deutschland sowie den Kultusministerien der Länder soll ein nationaler Aktionsplan zum Erhalt, zur Stärkung und Pflege der Wissenschaftssprache Deutsch entwickelt werden; das gilt insbesondere für die Geisteswissenschaften. Dieser Aktionsplan soll der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern vorgestellt werden. Zudem soll sich die Bundesregierung als Mitglied der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern dafür einsetzen, diesen nationalen Aktionsplan in der deutschen und internationalen Wissenschaftslandschaft umzusetzen und darüber hinaus darauf Einfluss zu nehmen, die deutsche Sprache als Wissenschaftssprache zu stärken.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/16053 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe c

Es ist angezeigt, die Wissenschaftskommunikation auf ihre Kernfunktionen zurückzuführen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zum Thema Framing als verfehlt und in der Sache als nichtig zu erklären. Ferner soll der Wissenschaftsrat bei seiner Bestandsaufnahme zur Situation der Wissenschaftskommunikation in Deutschland und bei der Ausarbeitung von konkreten Empfehlungen dahingehend ermutigt werden, zu evaluieren, inwieweit die Emotionalisierung von Sachthemen auf die Wissenschaftskommunikation Auswirkungen hat und wie dem daraus erwachsenen Konformitätsdruck konkret entgegengewirkt werden kann.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/19524 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe d

Ziel ist es, Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Wissenschaft zu vermitteln und Bürger stärker in die Kommunikation über Wissenschaft und ihre Entwicklungen einzubeziehen. Es sollen mehr als bisher diejenigen Menschen erreicht werden, die sich nicht ständig und unmittelbar mit Wissenschaft beschäftigen. Ein besonderes Augenmerk soll darauf gelegt werden, was die Bürger angesichts der Informationen über wissenschaftliche und technologische Entwicklung bewegt, beunruhigt oder was sie gar an den Botschaften zweifeln lässt. Auch ist ein Kulturwandel in der Wissenschaft nötig. Dazu gehört, dass Wissenschaftskommunikation bereits während des Studiums thematisiert und spätestens ab der Promotion gelehrt und professionalisiert wird. Dieser Kulturwandel lässt sich nur erreichen, wenn Wissenschaftskommunikation zur Chefsache wird. Auch und gerade die Präsidenten und Direktoren der wissenschaftlichen Institute und Forschungseinrichtungen müssen selbst und in eigener Person Wissenschaftskommunikation betreiben. Zudem soll die systematische Forschung über Wissenschaftskommunikation gestärkt werden, um herauszufinden, welche Initiativen welche Wirkung entfalten.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17517 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe e

Es soll geprüft werden, wie ein unabhängiger und innovativer Wissenschaftsjournalismus unter Beachtung aller relevanten verfassungsrechtlichen Vorgaben gefördert und dabei gleichzeitig ein Höchstmaß an Unabhängigkeit von Staat und Parteien sichergestellt werden kann. Durch die Auflegung eines neuen Förderprogramms soll die Wissenschaftskommunikation als ein integraler Bestandteil der BMBF-Förderung ausgebaut werden. Zudem soll ein neues Forschungsprogramm „Wissenschaftskommunikation“ im BMBF eingerichtet und dabei insbesondere Projekte in den Bereichen Qualitätsindikatorik und Wirksamkeitsmessung von Wissenschaftskommunikation sowie Entstehung, Ausmaß und Umgang mit Desinformation schwerpunktmäßig gefördert werden. Gemeinsam mit den Ländern und der Allianz der Wissenschaften soll darauf hingewirkt werden, die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu Wissenschaftskommunikation an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen umfassend auszubauen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20041 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/16044.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/16053.

Zu Buchstabe c

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/19524.

Zu Buchstabe d

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/17517.

Zu Buchstabe e

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/20041.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/16044 mit folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert anzunehmen:

1. Der Ziffer II. werden die folgenden Absätze angefügt:

„Der Deutsche Bundestag begrüßt die Absicht des BMBF, diesen Prozess trotz der mit der Corona-Pandemie verbundenen Herausforderungen im 2. Halbjahr 2020 weiter voranzutreiben und zu kurz- und mittelfristig wirksamen Ergebnissen zu führen.

Darüber hinaus begrüßt der Deutsche Bundestag die Überlegungen in der Hochschulrektorenkonferenz, eigene Vorschläge und Maßstäbe für die Implementation guter Wissenschaftskommunikation an den Hochschulen und ihrer Forschung zu entwickeln. Ferner ist die erklärte Absicht des Wissenschaftsrates, Empfehlungen zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation zu erarbeiten, zu begrüßen.“

2. Ziffer III. wird wie folgt geändert:

- a) In Punkt 4 wird das Semikolon am Ende durch einen Punkt ersetzt und folgender Satz angefügt:

„Zudem sind Orte gelebter Wissenschaftskommunikation wie Technikmuseen, Naturkundemuseen oder das Futurium in ihren Bestrebungen zu mehr Interdisziplinarität und zu mehr Partizipation durch die Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen;“.

- b) Nach Punkt 4 wird folgender Punkt 5 eingefügt:

„5. aktuell laufende und mit Bundesmitteln geförderte Formate der Wissenschaftskommunikation hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu evaluieren. Dies betrifft beispielsweise Fragen der allgemeinen Reichweite, der erreichten Zielgruppen sowie Fragen der nachhaltigen Wirkung;“.

- c) Die bisherigen Punkte 5 bis 10 werden die Punkte 6 bis 11.

- d) Der bisherige Punkt 11 wird Punkt 12 und wie folgt gefasst:

„12. den strategischen Dialog über die Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation (#FactoryWisskomm) auch zur Stärkung des Wissenschaftsjournalismus zu nutzen und Konzepte zu entwickeln, um strukturbildende und innovative Projekte im Wissenschaftsjournalismus zu fördern, die dann auch zeitnah umgesetzt werden können. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob es einen Bedarf für eine „Agentur für Wissenschaftskommunikation“ gibt und welche Ausgestaltungsformen grundsätzlich und unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten in Betracht kommen;“.

- e) Die Punkte 12 und 13 werden die Punkte 13 und 14.;

- b) den Antrag auf Drucksache 19/16053 abzulehnen;
c) den Antrag auf Drucksache 19/19524 abzulehnen;
d) den Antrag auf Drucksache 19/17517 abzulehnen.

- e) den Antrag auf Drucksache 19/20041 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender und Berichterstatter

Dr. Stefan Kaufmann
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Dr. Anna Christmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Stefan Kaufmann, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Marc Jongen, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Petra Sitte und Dr. Anna Christmann

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/16044** in seiner 137. Sitzung am 19. Dezember 2019 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/16053** in seiner 137. Sitzung am 19. Dezember 2019 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/19524** in seiner 163. Sitzung am 28. Mai 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe d

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/17517** in seiner 149. Sitzung am 5. März 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe e

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/20041** in seiner 166. Sitzung am 18. Juni 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD betonen, dass die Wissensgesellschaft der Zukunft eine umfassende und hochwertige Wissenschaftskommunikation brauche.

Wenn der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gestärkt werden solle, sei es wichtig, die ganze Spannweite der Akteure der Wissenschaftskommunikation zu berücksichtigen. Dabei seien verschiedenste gesellschaftliche Gruppen anzusprechen, zu interessieren und zu beteiligen: Die Bevölkerung mit ihren vielfältigen Beziehungen und Einstellungen zur Wissenschaft, das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld von Wissenschaft in ihren lokalen und regionalen Bezügen sowie die wirtschaftlichen Verbände und Gewerkschaften, die zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch die Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften.

Wissenschaftskommunikation soll einer breiten Öffentlichkeit die Ergebnisse von Forschung, ihre praktische Anwendung, wissenschaftliche Fragestellungen und Methoden vermitteln und vor allem Aufklärung leisten. Die Wissenschaft müsse dabei unterstützt werden, sich einer möglichen Spaltung der Bevölkerung von wissenschafts-

affinen und einer größeren Zahl von wissenschaftsfernen oder wissenschaftsfeindlichen Menschen entgegenzustellen.

Der hohe Bedarf an Information und Kommunikation zu wissenschaftlichen Erkenntnissen spiegelt sich aber auch in offenen Online-Communities wie zum Beispiel der Online-Enzyklopädie Wikipedia und ihren Schwesterprojekten wider. Die Zunahme und Vernetzung der Informationskanäle führe zu einer bisher nicht gekannten Verdichtung und Beschleunigung der Wissenschaftskommunikation. Dieser Wandel stelle höchste Anforderungen an eine professionelle Kommunikation. Entsprechend groß seien die Anforderungen und Erwartungen an die Qualitätssicherung der wissenschaftlichen Arbeit und ihre kritische Reflexion. Auch die Internationalisierung stelle zusätzliche Anforderungen an die Wissenschaftskommunikation. Mehr denn je würden wissenschaftliche Erkenntnisse den Verlauf von Diskussionen und Fragen der menschlichen Zukunft bestimmen. Gerade weil Wissenschaftskommunikation eine hohe Bedeutung für Staat und Gesellschaft habe, solle sie von der Politik sensibel behandelt werden und in ihren Grundprinzipien auf ein hohes Maß an Unabhängigkeit ausgerichtet sein.

Der Bundestag solle im Wesentlichen Folgendes begrüßen:

- dass die Hochschulen, die wissenschaftlichen Akademien, die Wissenschaftsorganisationen und ihre Institute seit Längerem dabei sind, ihre Aktivitäten im Bereich der Wissenschaftskommunikation zu verstärken und entsprechende Strukturen aufzubauen;
- dass die Verstetigung der Mittel im „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ dabei eine wichtige Unterstützung der Länder durch den Bund bei der Schaffung von Gestaltungsspielräumen in der Kernaufgabe Lehre ist. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation, der den Wissenschaftsorganisationen für die nächsten zehn Jahre beträchtliche Mittelzuwächse garantiert, leisten der Bund und die Länder einen bemerkenswerten Beitrag, der für die Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland neue Gestaltungsmöglichkeiten auch im Bereich der Wissenschaftskommunikation eröffnet;
- dass die Bundesregierung mit der Hightech-Strategie 2025 einen Rahmen geschaffen hat, um innovative Formen der Zusammenarbeit zu fördern und mehr Menschen bei der Entstehung von Innovationen einzubeziehen. Dabei werden breite Bevölkerungsgruppen an einem Dialog zur Zukunft von Forschung und Innovation beteiligt;
- dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Wissenschaftskommunikation in den letzten beiden Jahrzehnten zudem direkt und mit steigenden finanziellen Mitteln gefördert hat. Beispielfhaft seien chronologisch fünf erfolgreiche Projekte der Wissenschaftskommunikation der letzten Jahre zu nennen:
 - Die Wissenschaftsjahre (seit 2000)
 - Die Initiative „Wissenschaft im Dialog“ (WiD) (seit 2000)
 - Die Stiftung Haus der kleinen Forscher (seit 2006)
 - Die Förderung der Bürgerwissenschaft (Citizen-Science) (seit 2016 und früher)
 - Das „Futurium“ (seit 2019);
- dass das BMBF mit dem am 14. November 2019 vorgestellten Grundsatzpapier die besondere Rolle der Wissenschaftskommunikation im deutschen Wissenschaftssystem hervorgehoben und damit den strategischen Dialog über die Weiterentwicklung angeregt hat.

Die Bundesregierung solle im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im Wesentlichen aufgefordert werden:

- Institutionen wie die Stiftung Haus der kleinen Forscher weiter abzusichern, um Kinder und Jugendliche an natur- und technikwissenschaftliche Fragestellungen heranzuführen und erste Grundlagen für den Austausch über Wissenschaft zu legen;
- zusammen mit den Wissenschaftsstiftungen und den Mitgliedern der Allianz der Wissenschaftsorganisationen die Errichtung eines Netzwerks von Senior-Scientists für die Vermittlung von Wissenschaft und die Begleitung von Junior-Aktivitäten zu prüfen;

- Wissenschaftskommunikation als Basis der reflektierten Auseinandersetzung mit Ergebnissen der Wissenschaft in der Erwachsenenbildung und Weiterbildung verstärkt zu fördern;
- das Programm zur Förderung von Citizen-Science so weiterzuentwickeln, dass Bürgerwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler auch beim Festlegen von Themen und Agenden und der konzeptuellen Weiterentwicklung kontinuierlich beteiligt werden;
- den Wissenschaftsrat bei seiner Bestandsaufnahme zur Situation der Wissenschaftskommunikation in Deutschland und bei der Ausarbeitung von konkreten Empfehlungen zur Stärkung und Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation an den Hochschulen und in den Forschungseinrichtungen zu unterstützen;
- mit den Mitgliedern der Allianz der Wissenschaftsorganisationen Gespräche darüber aufzunehmen, wie Leitsätze und Konzepte für gute Wissenschaftskommunikation im engen Zusammenwirken mit den Medieninstitutionen, journalistischen Instanzen sowie der Wissenschaft selbst entwickelt werden können;
- die Akteure des Wissenschaftssystems bei ihren Anstrengungen zu begleiten, durch gute Wissenschaftskommunikation die positive Sichtbarkeit von Frauen in der Wissenschaft und Forschung zu erhöhen und damit zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern auch in der Wissenschaft und Forschung beizutragen;
- Forschungsförderungsprogramme – wo möglich und sinnvoll – mit der Beteiligung an aktiver Wissenschaftskommunikation auszuschreiben. Die Mitglieder der Allianz der Wissenschaftsorganisationen sollen aufgefordert werden, den Ausbau und die systematische Förderung der Wissenschaftskommunikation als ein Strukturmerkmal ihrer Arbeit zu verstehen und für die Förderpraxis belegbare Indikatoren für gute Wissenschaftskommunikation zu entwickeln. Die Ergebnisse sind zu evaluieren;
- zu prüfen, inwieweit in den Programmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses theoretische wie praktische Kenntnisse über Wissenschaftskommunikation zum festen Bestandteil der Qualifizierung und zum karrierefördernden Faktor gemacht werden können;
- ausgewählte Forschungsvorhaben im Bereich der Wissenschaftskommunikation zu fördern;
- den strategischen Dialog über die Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation (#FactoryWisskomm) auch zur Stärkung des Wissenschaftsjournalismus zu nutzen und Konzepte zu entwickeln, um strukturbildende und innovative Projekte im Wissenschaftsjournalismus zu fördern. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob es einen Bedarf für eine „Agentur für Wissenschaftskommunikation“ gibt und welche Ausgestaltungsformen grundsätzlich und unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten in Betracht kommen;
- im Zusammenwirken mit den Akademien der Wissenschaften ein strukturbildendes Konzept zu entwickeln, wie diese noch stärker zur nachhaltigen Qualität der Wissenschaftskommunikation beitragen, die Entwicklung von neuen Formen des Wissenstransfers fördern und den Stand der Umsetzung von guter Wissenschaftskommunikation wissenschaftlich reflektieren können;
- die Synergien zwischen den einzelnen Initiativen im Bereich der Wissenschaftskommunikation zu stärken und eine engere Vernetzung sowie eine bessere Koordinierung der Aktivitäten der Wissenschaftskommunikation in Deutschland und in der Europäischen Union zu ermöglichen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der AfD kritisiert, dass Deutsch als Wissenschaftssprache immer mehr an Bedeutung verliere. Der Anteil der auf Deutsch verfassten naturwissenschaftlichen Publikationen habe im Jahr 1920 weltweit circa 45 Prozent betragen und sei seither kontinuierlich auf eine Größenordnung von zwei Prozent im Jahr 2005 zurückgegangen. Doch nicht nur in naturwissenschaftlichen, auch in geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen, etwa der Philosophie, nehme die Bedeutung der deutschen Sprache bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen dramatisch ab – und die der englischen Sprache zu. Zudem würden wissenschaftliche Fachtagungen auch hierzulande immer öfter nicht in deutscher, sondern in englischer Sprache abgehalten. Auch wenn Wissenschaftler Fördermittel beantragten, würden sie immer häufiger auf Englisch schreiben. Selbst bei der Evaluierung germanistischer Forschungsprojekte würden bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft Anträge in Englisch eingereicht, weil dies nach Auffassung der beauftragten Gutachter Voraussetzung für eine sachgemäße Beurteilung sei. Hinzu

komme, dass immer mehr Hochschulen und Universitäten in Deutschland ganze Studiengänge in englischer Sprache anböten. Die TU München etwa plane, ab 2020 fast alle Masterprogramme auf Englisch umzustellen.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden,

- in enger Abstimmung mit sprachpflegerischen und wissenschaftssprachpflegerischen Institutionen in Deutschland sowie den Kultusministerien der Länder einen nationalen Aktionsplan zum Erhalt, zur Stärkung und Pflege der Wissenschaftssprache Deutsch, insbesondere in den Geisteswissenschaften, zu entwickeln;
- diesen nationalen Aktionsplan der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern vorzustellen, ihn dort zu diskutieren, gegebenenfalls zu überarbeiten und erneut vorzustellen;
- sich als Mitglied der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern dafür einzusetzen, diesen nationalen Aktionsplan in der deutschen und internationalen Wissenschaftslandschaft umzusetzen und darüber hinaus Einfluss geltend zu machen, die deutsche Sprache als Wissenschaftssprache zu erhalten, zu stärken und zu pflegen.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion der AfD unterstreicht, dass im Grundsatzpapier des BMBF zur Wissenschaftskommunikation die Notwendigkeit, dass sich Wissenschaftler „in den öffentlichen Diskurs einbringen, über ihre Forschungsarbeit allgemeinverständlich kommunizieren und Zusammenhänge einordnen“ insbesondere mit zwei Argumenten begründet werde. Zum einen sei die Rede davon, dass es „Strömungen“ gebe, „die fakten- und wissenschaftsbasierte Informationen in Frage“ stellten und es „Abschottungstendenzen gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen“ gebe. Zum anderen werde das Argument angeführt, dass „die Diskussion um den Klimawandel und die breite Unterstützung der ‚Fridays-for-Future-Bewegung‘, durch Wissenschaftler die ‚Relevanz von wissenschaftlichen Fragen und Erkenntnissen für die Zukunft unserer Gesellschaft‘ verdeutliche. Nach Auffassung des BMBF stärke Wissenschaftskommunikation „die Verankerung von Wissenschaft in der Gesellschaft“, die „Wissenschaftsmündigkeit“ der Bürger und die „Demokratiefähigkeit der Gesellschaft“ insgesamt.

Es sei nach Ansicht der AfD-Fraktion zu befürchten, dass das Wissenschafts- und Bildungssystem nicht mehr als eigenständiges und unabhängiges „Subsystem“ betrachtet, sondern im Lichte gesellschaftspolitischer Dienstbarkeit bewertet werde. Das belege auch eine Zielvorgabe im Grundsatzpapier des BMBF: „Es ist für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung, dass es gelingt, sich zu zentralen Zukunftsthemen auf Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Fakten zu verständigen“, heiße es darin. Um dieses Ziel zu erreichen, würden Wissenschaftler mit dem Hinweis, dass dies „karrierefördernd“, wirke, auf die erwünschte Art und Weise der Wissenschaftskommunikation festgelegt. So habe die Bundesministerin Karliczek erklärt: „Für mich zentral ist zum Beispiel die Frage, wie ein Engagement für Wissenschaftskommunikation karriereförderlicher werden kann.“

Freie Forschung und Lehre könnten nicht mehr möglich sein, wenn die finanziellen Mittel an der Kommunizierbarkeit des Themas und der Kommunikationskompetenz der Forscher ausgerichtet seien. Die Forscher würden sich dann gezwungen sehen – damit sie ihren Forschungsbereich finanziert bekämen –, zunächst evaluieren zu müssen, inwieweit und wie ein bestimmtes Thema überhaupt kommunizierbar sei.

Die Wissenschaft werde unter dem Deckmantel der Wissenschaftskommunikation mittels Framing in den Dienst genommen, da ein eindeutiges Deutungsraster geschaffen und mittels Emotionalisierung eines Sachthemas versucht werde, gegenläufige Deutungen und Positionierungen im öffentlichen Diskurs zu marginalisieren.

Die Bundesregierung solle insbesondere aufgefordert werden,

- das Grundsatzpapier des BMBF aufgrund der darin enthaltenen Gefahr einer Instrumentalisierung der Wissenschaftskommunikation für gesellschaftspolitische Ziele und weitere geplante Maßnahmen, die im Zusammenhang mit diesem Grundsatzpapier stehen oder auf der Basis dieses Papiers geplant sind, als verfehlt und in der Sache als nichtig zu erklären;
- den Wissenschaftsrat bei seiner Bestandsaufnahme zur Situation der Wissenschaftskommunikation in Deutschland und bei der Ausarbeitung von konkreten Empfehlungen dahingehend zu ermutigen, zu evaluieren, inwieweit die Emotionalisierung von Sachthemen auf die Wissenschaftskommunikation lenkende Auswirkungen hat und wie dem daraus erwachsenen Konformitätsdruck konkret entgegengewirkt werden kann;

- mit Mitgliedern der Allianz der Wissenschaftsorganisationen Gespräche darüber aufzunehmen, wie Forschungsleistungen adäquat bewertet, honoriert und kommuniziert werden können;
- mit Mitgliedern der Allianz der Wissenschaftsorganisationen Gespräche darüber aufzunehmen, wie eine freie Wahl der Forschungsthemen bei stagnierender Grundmittelfinanzierung und zunehmender politischer Vorgaben garantiert werden kann;
- Maßnahmen zu ergreifen, um Wissenschaftlern einen leichteren Zugang zu didaktischen Fortbildungen zu gewähren;
- Projekte und Initiativen, die einer Vermittlungsfunktion wissenschaftlicher Erkenntnisse schon in einem frühen Alter dienen, zu fördern und auszuweiten.

Zu Buchstabe d

Die Fraktion der FDP unterstreicht, dass Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Wissenschaft vermittelt und Bürger stärker in die Kommunikation über Wissenschaft und ihre Entwicklungen einbezogen werden sollten. Es sollten mehr als bisher diejenigen Menschen erreicht werden, die sich nicht ständig und unmittelbar mit Wissenschaft beschäftigen. Ein besonderes Augenmerk sollte darauf gelegt werden, was die Bürger angesichts der Informationen über wissenschaftliche und technologische Entwicklung bewege, beunruhige oder was sie gar an den Boten zweifeln lasse.

Wissenschaftskommunikation solle nicht wie bislang üblich vor allem auf das Bildungsbürgertum ausgerichtet sein. Sie müsse alle Schichten der Gesellschaft erreichen, was gerade in Zeiten wachsender Wissenschaftsfeindlichkeit eine Herausforderung sei. Forschungsergebnisse und wissenschaftliche Methoden würden immer häufiger infrage gestellt. Um dem entgegenzutreten, müsse die Forschung über Wissenschaftskommunikation gestärkt werden. Dazu gehöre auch die Frage, in welchen Bereichen der Gesellschaft sich Wissenschaftsskepsis, „Fake News“, Desinformation und Pseudowissenschaften besonders ausbreite, ob sich mit KI-basierten Lösungen die Informationsflut aus der Wissenskommunikation sinnvoll kanalisieren lasse und welche Initiativen der Wissenschaftskommunikation dazu beitragen könnten, Glaubwürdigkeit zu schaffen. Um die Ziele Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu stärken, sei ein Kulturwandel in der Wissenschaft nötig. Neben den Wissenschaftlern selbst sei der Wissenschaftsjournalismus eine wichtige Plattform. Wissenschaftsjournalisten würden Evidenz und Empirie in die Debatten tragen. Gleichzeitig hätten sie die Aufgabe, den Protagonisten des Wissenschaftssystems auf die Finger zu schauen. Daher solle über Mitgliedschaften in den Räten öffentlich-rechtlicher Fernseh- und Rundfunkanstalten darauf hingewirkt werden, dass Wissenschaftsjournalismus in den öffentlich-rechtlichen Medien einen seiner Bedeutung entsprechenden Raum erhalte.

Zudem sollten stärker als bisher auch die Chancen von Innovationen in den Mittelpunkt gestellt und eine aufgeschlossene Grundhaltung gegenüber Neuerungen geschaffen werden, um die Menschen für Innovationsvorhaben zu gewinnen.

Die Bundesregierung solle u.a. aufgefordert werden,

- darauf hinzuwirken, dass Wissenschaftskommunikation bei den Mitgliedern der Allianz der Wissenschaften und auch im Zusammenwirken mit den Ländern bei den Hochschulen zu einer prioritären Aufgabe wird;
- Kompetenzerwerb, Qualifizierung und Professionalisierung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Bereich der Wissenschaftskommunikation sowohl in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen als auch im Zusammenwirken mit den Ländern in den Hochschulen jeweils ab der Promotions-Phase verpflichtend zu verankern;
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen dazu aufzufordern, Compliance-Strukturen aufzubauen und weiterzuentwickeln, die die eigene Integrität sowohl für die Institution als auch für die Forscherinnen und Forscher sicherstellt, um als Institut selbst zu leben, was dann auch nach außen dargestellt werden soll;
- in Ausschreibungen von Forschungsvorhaben der Konzeption begleitender bzw. anschließender Wissenschaftskommunikation genügend zeitlichen und finanziellen Raum zu geben;
- Forschung über Wissenschaftskommunikation zu fördern und gemeinsam mit den Ländern Forschungsstandorte für Wissenschaftskommunikation zu entwickeln;

- bei der Neu- und Weiterentwicklung von Formaten der Wissenschaftskommunikation insbesondere darauf zu achten, gerade diejenigen anzusprechen, die nicht von sich aus Angebote der Wissenschaftskommunikation wahrnehmen;
- das Innovationsprinzip bei Gesetzgebung und behördlichen Entscheidungen einzuführen;
- die Initiative „Haus der kleinen Forscher,“ dauerhaft abzusichern und weiter auszubauen.

Zu Buchstabe e

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont, dass in einer zunehmend komplexer werdenden Welt die offene, freiheitlich-demokratische Gesellschaft stärker als je zuvor auf eine verlässlich finanzierte und unabhängige Wissenschaft angewiesen sei. Wissenschaftliche Erkenntnisse schafften die Basis für eine evidenzbasierte, vorsorgeorientierte und weitsichtige Politik zum Wohle aller Bürger. Vielfältige und kreative Interaktionsformen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft würden zu einer demokratischen, pluralen Wissensgesellschaft mit beitragen. Ein starkes Band zwischen Gesellschaft und Wissenschaft stelle zudem sicher, dass gesellschaftliche Problemlagen in die Forschung Eingang fänden und dadurch evidenzbasierte Antworten auf die drängenden Herausforderungen der Zeit gefunden würden.

Wissenschaftskommunikation aus der Wissenschaft heraus friste – jenseits von einzelnen engagierten Forschenden – weiterhin ein Nischendasein. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wirkten sich Aktivitäten in der Wissenschaftskommunikation in der Regel nicht unmittelbar karrierefördernd aus. Aus- und Weiterbildungsangebote in der Wissenschaftskommunikation seien Mangelware und nur in seltenen Fällen Teil der Ausbildung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Eine Wissenschaftskommunikationsforschung, die bestehende Formate evaluiert und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft, sei quasi nicht-existent. Hinzu komme, dass der Einbruch der Werbeeinnahmen infolge der Corona-Pandemie die bereits schwierige wirtschaftliche Lage des Journalismus und damit auch des Wissenschaftsjournalismus verschlechterte.

Die Bundesregierung solle u.a. aufgefordert werden,

- zu prüfen, wie ein unabhängiger und innovativer Wissenschaftsjournalismus unter Beachtung aller relevanten verfassungsrechtlichen Vorgaben gefördert werden kann und dabei ein Höchstmaß an Unabhängigkeit von Staat und Parteien sichergestellt ist;
- durch die Auflegung eines neuen Förderprogramms Wissenschaftskommunikation als einen integralen Bestandteil der BMBF-Förderung ausbauen. Durch eine Förderrichtlinie in Höhe von 20 Mio. Euro über vier Jahre soll Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit eröffnet werden, eine zusätzliche Finanzierung für wissenschaftskommunikative Aktivitäten für bereits bewilligte Forschungsvorhaben zu erhalten;
- ein neues Forschungsprogramm „Wissenschaftskommunikation,“ im Bundesbildungs- und Forschungsministerium (BMBF) einzurichten und dabei insbesondere Projekte in den Bereichen Qualitätsindikatorik und Wirksamkeitsmessung von Wissenschaftskommunikation sowie Entstehung, Ausmaß und Umgang mit Desinformation schwerpunktmäßig zu fördern;
- gemeinsam mit den Ländern und der Allianz der Wissenschaften darauf hinzuwirken, die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu Wissenschaftskommunikation an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen umfassend auszubauen;
- mit den Vertreterinnen und Vertretern von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus die Reputationsmechanismen in der Wissenschaft hinsichtlich ihrer Diversität kritisch in den Blick zu nehmen und Verfahren zu entwickeln, um das Kriterium Wissenschaftskommunikation stärker als bisher in den Reputationsmechanismen zu berücksichtigen;
- den Start des vom BMBF geplanten strategischen Dialog über die Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation in Deutschland (#FactoryWissskomm) nicht länger zu verzögern, sondern diesen unverzüglich und auf oberster Leitungsebene zu beginnen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/16044 in seiner 68. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme in geänderter Fassung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/16044 in seiner 59. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 19/16044 in seiner 52. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/16044 in seiner 58. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme in geänderter Fassung.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 19/16053 in seiner 52. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 19/19524 in seiner 52. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe d

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/17517 in seiner 81. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 19/17517 in seiner 52. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/17517 in seiner 58. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe e

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/20041 in seiner 68. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 19/20041 in seiner 52. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Öffentliches Fachgespräch

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat in seiner 47. Sitzung am 27. Mai 2020 ein öffentliches Fachgespräch zu den Vorlagen auf Drucksachen 19/16044 und 19/17517 durchgeführt. An diesem Fachgespräch haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Prof. Dr. Peter-André Alt, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz

Prof. Dr. Antje Boetius, Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts, Vorsitzende des Lenkungsausschusses von Wissenschaft im Dialog

Dr. Stefan Brandt, Direktor Futurium Berlin

Prof. (ETHZ) Dr. Gerald Haug, Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften, Halle

Nicola Kuhrt, Vorstandsmitglied WPK – Die Wissenschaftsjournalisten Wissenschafts-Pressekonferenz e. V., Köln

Beatrice Lugger, Geschäftsführerin und Direktorin des Nationalen Instituts für Wissenschaftskommunikation (NaWik), Karlsruhe

Dr. Steffi Ober, Initiatorin und Leiterin des Projektes Forschungswende, Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende, Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e. V.), Berlin

Volker Stollorz, Science Media Center Germany gGmbH, Köln

Dr. Jan-Martin Wiarda, Wissenschafts- und Bildungsjournalist

Hinsichtlich des Ergebnisses des Fachgesprächs wird auf das Protokoll der 47. Sitzung am 27. Mai 2020 mit den dort anliegenden Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen.

2. Ausschussberatung

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Anträge erstmalig und abschließend in seiner 51. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt:

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/16044 in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/16053 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/19524 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe d

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17517 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe e

Ablehnung des Antrag auf Drucksache 19/20041 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt zu Beginn dar, die immer intensiver werdenden Diskussionen der letzten Jahre und Monate über die Wissenschaftskommunikation, gipfelnd im öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses, hätten gezeigt, dass es eine wirksame Wissenschaftskommunikation sowohl in Form der institutionellen Kommunikation mit der direkten Kommunikation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als auch in Form des Wissenschaftsjournalismus brauche. Dafür müsse die Wissenschaftskommunikation in ihren Strukturen und auch in ihrer Qualität nachhaltig gestärkt und entsprechend gefördert werden. In dem Antrag der Koalitionsfraktionen habe man eine Liste von 14 konkreten Maßnahmen vorgeschlagen, die dem Ziel der Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation dienen sollen.

Im Nachgang zum öffentlichen Fachgespräch Ende Mai habe man den Antrag im Lichte der Beratungen und auch der Anträge der anderen Fraktionen um ein paar Punkte ergänzt. Die CDU/CSU-Fraktion erläutert die vorgenommenen Änderungen. Die Koalitionsfraktionen begrüßen, dass trotz der mit der Corona-Pandemie verbundenen Herausforderungen der strategische Dialog über die Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation „#FactoryWisskomm.“ in der zweiten Jahreshälfte vom Bundesministerium vorangetrieben werde. In diesem Zusammenhang seien kurz- und mittelfristig wirksame Ergebnisse zu erwarten. Die Lehren aus der Corona-Pandemie im Bereich der Wissenschaftskommunikation müssten zeitnah gezogen werden. Man müsse analysieren, was gut und was nicht gut funktioniert habe und welche Lösungen entwickelt werden könnten, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu unterstützen, mehr und besser über ihre Arbeit zu kommunizieren.

Vor diesem Hintergrund seien auch die Überlegungen in der Hochschulrektorenkonferenz, Vorschläge und Maßnahmen für die Implementierung guter Wissenschaftskommunikation an den Hochschulen und in ihrer Forschung zu entwickeln, ausdrücklich zu begrüßen. Auch dies habe man im Änderungsantrag aufgenommen.

Zudem begrüße man, dass der Wissenschaftsrat Empfehlungen zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation erarbeiten wolle und diese bereits angekündigt habe.

Ein weiterer Punkt sei die Evaluation aktuell laufender, mit Bundesmitteln geförderter Formate der Wissenschaftskommunikation hinsichtlich ihrer Wirksamkeit. Des Weiteren sollten Orte gelebter Wissenschaftskommunikation wie die Technikmuseen, die Naturkundemuseen oder auch das Futurium in ihrer Bestrebung zu mehr Interdisziplinarität und auch zu mehr Partizipation unterstützt werden (Citizen Science). Hierzu fordere man die Bundesregierung im Änderungsantrag ausdrücklich auf.

Die Fraktion der CDU/CSU betont, dass man den Wissenschaftsjournalismus stärken wolle und im Rahmen der „#FactoryWisskomm.“ auch Konzepte entwickelt würden, um strukturbildende und innovative Projekte im Wissenschaftsjournalismus zu fördern. Zu diesem Punkt habe es im öffentlichen Fachgespräch sehr viele interessante Aussagen gegeben. Diese Konzepte sollten zeitnah umgesetzt werden, was im Änderungsantrag enthalten sei.

Abschließend hält die CDU/CSU-Fraktion fest, dass die Wissenschaftsgesellschaft der Zukunft eine umfassende, hochwertige Wissenschaftskommunikation brauche. Wissenschaftskommunikation sei systemrelevant und solle deshalb auch entsprechend gefördert werden. Dies sei der Tenor der Diskussionen der letzten Wochen und Monate gewesen.

Die **Fraktion der AfD** erklärt, das Grundsatzpapier des BMBF zur Wissenschaftskommunikation, aber auch die Anträge der Großen Koalition, der Grünen und der FDP betonten, dass sich Wissenschaftler in den öffentlichen Diskurs einbringen und über ihre Forschungsarbeit allgemein verständlich kommunizieren sollten. Begründet werde diese Notwendigkeit unter anderem mit „wissenschaftsfernen Kreisen“, die sich gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen abschotten würden. Wissenschaftskommunikation sei demnach notwendig, um sich mit Fake News sowie allen Formen des Missbrauchs von Wissenschaft auseinander zu setzen. Aus Sicht der AfD-

Fraktion sei es zwar ein richtiger Gedanke, dass sich Wissenschaft auch allgemein verständlich an die Bevölkerung vermitteln müsse, die diese finanziere. In den vorliegenden Anträgen der anderen Fraktionen stecke aber die Gefahr, dass Wissenschaftskommunikation für gesellschaftspolitische Ziele instrumentalisiert werde. Wissenschaftskommunikation, die zum integralen Bestandteil einer „Third Mission“, der Hochschulen neben Lehre und Forschung erklärt werde, solle dabei erklärtermaßen mit einem eindeutigen Framing in den Dienst genommen werden. Ein Beispiel hierfür sei die Kommunikation über den Klimawandel. Wissenschaftler sollten sich hier, wie es der Klimaforscher Hans von Storch ausgedrückt habe, zu Anwälten einer guten Sache machen. Damit aber würden sie ihren Status missbrauchen, stelle Storch fest. Was von Storch im Auge habe, werde beim Thema Klimawandel, was nur ein Thema unter vielen sei, besonders deutlich. Es werde nämlich durch die Selektion hochkomplexer Informationen Framesetting betrieben. Damit sei in der Regel die Emotionalisierung eines Sachthemas verbunden. Gegenläufige Deutungen und Positionierungen würden marginalisiert, abgewertet, verteufelt oder ganz aus dem Diskurs verdrängt. Dies laufe nicht nur auf unausgesprochene Zensur hinaus, es bedeute auch eine, im schlimmsten Falle, propagandistische Manipulation der Bevölkerung. Hier sei Greta Thunberg das Negativparadigma, wie es nicht laufen sollte.

Freie Forschung und Lehre würden überdies immer schwerer möglich sein, wenn die finanziellen Mittel an die Kommunizierbarkeit des Themas gekoppelt würden. Die Forschenden würden sich dann gezwungen sehen, zunächst erst einmal zu evaluieren, inwieweit ein bestimmtes Thema kommunizierbar, massentauglich und auch politisch korrekt sei, damit sie überhaupt noch ihren Forschungsbereich finanziert bekämen.

Aus Sicht der AfD-Fraktion gingen das Grundsatzpapier des BMBF und der Antrag der Koalitionsfraktionen in die falsche Richtung. Im Antrag „Framing in der Wissenschaftskommunikation verhindern“, fordere man stattdessen, dass der Wissenschaftsrat evaluiere, inwieweit die Emotionalisierung von Sachthemen auf die Wissenschaftskommunikation lenkende Auswirkungen habe und wie dem daraus erwachsenden Konformitätsdruck konkret entgegengearbeitet werden könne.

Daneben seien im Antrag noch eine Reihe anderer Vorschläge enthalten, insbesondere zur Förderung von Projekten und Initiativen, die eine Vermittlungsfunktion wissenschaftlicher Erkenntnisse schon in einem frühen Alter bei Kindern und Jugendlichen dienten. Hier sei vor allem auf die MINT-Fächer zu achten.

Abschließend macht die AfD-Fraktion darauf aufmerksam, dass man sich dafür einsetze, Deutsch als Wissenschaftssprache insbesondere in den Geisteswissenschaften zu pflegen und zu fördern.

Die **Fraktion der SPD** merkt zum Antrag der AfD-Fraktion an, dass man bei dessen Lektüre zwischen Zweifel und Verzweiflung schwanke. Allenfalls über den Gedanken, wie weit das klassische Verhältnis humboldtscher Einheit von Forschung und Lehre, was in der Praxis an Hochschulen nicht mehr in der Intensität praktiziert werden könne, auch durch die Wissenschaftskommunikation eine Erweiterung finde, könne man nachdenken. In den übri-gen Ausführungen unterstelle die AfD-Fraktion denjenigen, die sich für Wissenschaftskommunikation einsetzten, dass sie nicht auch die nötigen Distanzen dazu haben könnten, und belade dies zu sehr mit Ideologie.

Des Weiteren berichtet die SPD-Fraktion, dass die Koalitionsfraktionen Anregungen der Anträge der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Änderungsantrag mit aufgegriffen hätten.

In dem öffentlichen Fachgespräch sei hervorgegangen, dass die Aufklärung über Innovationen ein wichtiger Teil von Wissenschaftskommunikation sein könnte. Deshalb sollte man Innovationjournalismus als Teil von Wissenschaftskommunikation inhaltlich mit aufnehmen.

Man begrüße die Bestätigung durch die Aussagen des Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz und auch des Wissenschaftsrates.

Ermuntert fühle sich die SPD-Fraktion in Bezug auf die Idee einer Stiftung, um unabhängigen Wissenschaftsjournalismus und Wissenschaftskommunikation fördern zu können. Dies sehe man vereinbar mit dem Artikel 5 des Grundgesetzes, da es eine besondere Priorität habe, Wissenschaftskommunikation fördern zu können. Die Bedenken von Herrn Wiarda, dass jedes Ministerium das so denken könnte, sehe man nicht, gerade weil Artikel 5 des Grundgesetzes eine besondere Priorität setze.

Abschließend erklärt die SPD-Fraktion zum Antrag der AfD-Fraktion in Bezug auf die Wissenschaftssprache, dass man an dieser Stelle eine Herausforderung sehe. Diese sei jedoch in einem anderen Kontext zu diskutieren.

Die **Fraktion der FDP** erläutert, dass man bei der Wissenschaftskommunikation zurzeit mehrere Geschwindigkeiten erlebe. Der Virologe Christian Drosten bekomme den Grimme-Online-Award, während das Projekt „#FactoryWissskomm., der Bundesregierung jetzt erst einmal Urlaub habe. Die FDP-Fraktion fragt die Bundesregierung, wann damit zu rechnen sei, dass sie mit ihren Forschungsbemühungen herausfinde, was Wissenschaftskommunikation brauche, und wann sie in die Umsetzung kommen wolle.

Die SPD-Fraktion habe der FDP-Fraktion in ihrer Rede vorgehalten, dass diese die Wissenschaftskommunikation gekürzt habe. Dies sei richtig und damals aus dem Grund erfolgt, ein Signal zu setzen, dass es nichts bringe, immer mehr Geld für viele kleine Programme auszugeben. Dies sei eine therapeutische Schmerzlinderung, die keine Probleme lösen könne. Schlechter Politik gutes Geld nachzuwerfen, helfe hier nicht. Vielmehr bedürfe es einer guten Qualitätsindikatorik. Dieses Vorhaben der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze man gerne, aber nur mit einer sauberen Evaluation.

Der Antrag der FDP-Fraktion habe sehr viel mit Wertschätzung zu tun, mit Anreizen und Credits für die weitere Laufbahn, aber auch mit dem Führungsverständnis der Institutsleitungen, hier die Rahmenbedingungen setzen zu müssen. Kultur könne man nicht kaufen, man müsse sie bauen und pflegen.

Es sei klar geworden, dass man Wissenschaftskommunikation als Teil von Transfer sehe und zwar in beide Richtungen. Entscheidend sei, dass Erkenntnisse in die Fläche kämen und diejenigen erreichen würden, die betroffen seien. Die FDP-Fraktion wirft die Frage auf, was in der Lausitz, in Wolfsburg, in Ingolstadt an oder im Bayerischen Wald ankomme. Zudem stelle sich die Frage, ob die Wissenschaft höre, was im Bayerischen Wald und in der Lausitz gesprochen werde.

Für die FDP-Fraktion sei es wichtig, dass die Wissenschaftskommunikation die Karriere nicht beschädige, wie es heute oft der Fall sei, sondern fördere. Zudem sollten die Fähigkeiten zur Kommunikation ab der Promotion verpflichtender Teil der Ausbildung sein. Es sollte nachhaltig geforscht werden, was auch nachhaltig wirke.

Beim Antrag der Koalitionsfraktionen begrüße man angesichts der nun in ihrem eigenen Antrag vorgenommenen Ergänzungen, dass den Oppositionsfraktionen zugehört worden sei und die CDU/CSU mit der SPD in den eigenen Lernprozess eingestiegen sei. Die FDP-Fraktion tue sich schwer, sich bei der Bewertung der Vorlage der Koalition von dem mangelhaften „Drei-Seiten-Werk., der Bundesregierung zu lösen. Zusammen mit dem nunmehr vorliegenden Antrag sehe man die Leistung im befriedigenden bis ausreichenden Bereich, sodass man sich der Stimme enthalten werde.

Im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei das zusammengetragen worden, was alle anderen erarbeitet hätten, was reine Fleißarbeit darstelle. Zu begrüßen seien die Ausführungen zur Qualitätsindikatorik. Auch hier werde man sich der Stimme enthalten.

An die AfD-Fraktion gerichtet führt die FDP-Fraktion aus, man habe bereits im Plenum deutlich kritisiert, dass die AfD den Weltkrieg und nicht den Faschismus für das Sterben der Wissenschaftssprache Deutsch im internationalen Maßstabe genannt habe. Die FDP-Fraktion lehne den Antrag vom Grunde her ab.

Die **Fraktion DIE LINKE**. erklärt, sie befürchte, dass der gesamte Begriff „Wissenschaftskommunikation., immer noch zu eng gefasst werde. Dies habe man auch an den zum öffentlichen Fachgespräch eingeladenen Expertinnen und Experten bemerkt. Wissenschaftskommunikation finde eben nicht nur innerhalb und zwischen der Wissenschaft und der Gesellschaft begleitet durch Bundesregierung und vermittelt über Wissenschaftsjournalismus statt. Vielmehr gebe es viele Intermediäre in der Gesellschaft, die sich mit der gleichen Frage beschäftigten und die gesellschaftliche Probleme übersetzten, wie Verbände und Organisationen bis hin zu Lobbyismus-Verbänden oder NGOs. Auch dort müsse Wissenschaftskommunikation geleistet werden, bisweilen mit einem viel kritischeren Blick als man das bisher aus der Politik und aus der Wissenschaft selber kenne. Aus diesem Grund plädiert die Fraktion DIE LINKE. dafür, den Begriff weiter zu fassen und diese Kompetenzen miteinzubinden, wenn es darum gehe, eine Transparenz und auch Partizipation zu entwickeln. Der Antrag enthalte diesen partizipativen Aspekt zumindest in der Überschrift. Daher sei es auch notwendig, so eine offene Innovationskultur zu prägen.

Darüber hinaus weist die Fraktion DIE LINKE. darauf hin, dass es bereits jetzt eine riesige Vielzahl von Erkenntnissen gebe, die vermittelt werden wollten. Es sei eine besondere Herausforderung, diese Überflutung klug zu kanalisieren, thematisch zu gruppieren, z. B. mit Blick auf die DFG-Förderverfahren oder andere Programme. Dafür bedürfe es nicht nur mehr Mittel als bislang eingestellt, sondern auch mehr Kompetenzen. Dazu müsse das

Monitoring entwickelt und Qualifikationen erarbeitet werden, wie in den einzelnen Projekten damit umgegangen werden solle.

Des Weiteren gelte es, Open Access, Open Innovation und soziale Innovation in Wissenschaftskommunikation einzubinden, um Partizipation, also andere Anregungen und Überlegungen aus der Gesellschaft aufzunehmen. Hier sei auch Citizen Science zu nennen. Es sei sehr wichtig, auch unter diesem Blickwinkel Prozesse voranzutreiben und Wissenschaft zu öffnen – gerade mit Blick auf die zitierten Kultur- und Geisteswissenschaften.

Eine besondere Herausforderung, die jetzt auch im Kontext der Corona-Krise zu Tage getreten sei, sei das Zusammenwirken mit den Öffentlich-Rechtlichen, mit Medien, mit Printmedien usw. Hier müsse man einen kooperativen Ansatz institutionalisieren.

Des Weiteren betont die Fraktion DIE LINKE., dass man kritisch und aufmerksam beobachten müsse, ob sich ethische Fragen der einzelnen Professionen in der Kommunikation tatsächlich umsetzen ließen, wenn die Wissenschaft mit den Ökonomisierungsprozessen der letzten beiden Jahrzehnte und der Unterfinanzierung von Hochschulen und Universitäten auch eine bestimmte Logik der Kommunikation und der Veröffentlichung mit sich bringe. Es sei wichtig, mit dieser Situation im politischen Raum umzugehen.

Abschließend erklärt die Fraktion, dass sie eine Stiftung eher für eine schwierige Idee halte.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßt, dass es eine breite Unterstützung gebe, Wissenschaftskommunikation zu stärken, und dass einzelne Aspekte nachträglich im Antrag der Koalitionsfraktionen aufgenommen worden seien.

Andererseits sei der Antrag aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu wenig pointiert in seinen Forderungen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe bewusst die Anhörung abgewartet, um den eigenen Antrag zu formulieren. Dabei sei es vor allem darum gegangen, bei der kontroversen Debatte rund um den Wissenschaftsjournalismus die Positionen der Sachverständigen einzuholen. Man habe sich darin bestätigt gefühlt, dass es eine der zentralen Aufgaben sei, den Wissenschaftsjournalismus zu stärken, um die verschiedenen Aktivitäten, die in der Wissenschaftskommunikation stattfänden, auch von Seiten der Forschenden und der Forschungsinstitutionen aufnehmen und reflektieren zu können. Aus diesem Grund habe man diesen Punkt an den Anfang des Antrags gestellt.

Im Antrag der Koalitionsfraktionen sei eine vorsichtige Formulierung zu einer Agentur für Wissenschaftskommunikation enthalten. Hier sei ein großer Widerspruch zu der Position der Regierung erkennbar, die auf eine Anfrage geantwortet habe, dass sich an der Position des BMBF nichts geändert habe und dass es hohe Hürden gebe, die gegen eine vom Bund finanziell getragene Stiftung für den Wissenschaftsjournalismus sprächen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN frage die Bundesregierung, ob sie diese Position vor dem Hintergrund des öffentlichen Fachgesprächs erläutern könne, bei dem von verschiedenen Seiten sehr deutlich gemacht worden sei, dass es eigentlich ein übliches Verfahren sei, Strukturen zu fördern, die trotzdem eine Unabhängigkeit von Politik und Staat erhielten, wie es auch sonst in der Wissenschaftsförderung gegeben sei.

Ansonsten habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei weitere neue Instrumente in den Mittelpunkt gerückt. Man wolle die Möglichkeit schaffen, in jedem Forschungsprojekt, das von Bundesseite öffentlich gefördert sei, auf freiwilliger Antragsbasis Geld für Wissenschaftskommunikation bereitzustellen. Hierdurch würde niemand verpflichtet, dies zu tun. Es soll die Möglichkeit eröffnet werden, eine zusätzliche Finanzierung für wissenschaftskommunikative Aktivitäten zu erhalten, da dies nichts sei, was nebenbei laufen könne, sondern explizit gefördert werden müsse. Zudem solle die Forschung zur Wissenschaftskommunikation unterstützt werden. Hier bestehe noch viel Erkenntnisbedarf, welche Formate gut funktionierten und wie verschiedene Bevölkerungsgruppen erreicht werden könnten.

Da im eigenen Antrag die Pointierung auf bestimmte Themen enthalten sei, die in den anderen Anträgen nicht so prominent zu sehen sei, werde man sich bei diesen der Stimme enthalten. Jedenfalls begrüße man es, wenn es mit der Wissenschaftskommunikation in den nächsten Jahren vorangehe, da man dies finanziell bisher noch nicht wirklich im Haushalt ablesen könne.

Die **Bundesregierung** greift zunächst den zuletzt angesprochenen Punkt zur Finanzierung der Wissenschaftskommunikation auf. Die Gelder, die für den Bereich der Wissenschaftskommunikation ausgegeben würden, fänden sich nicht an einer Haushaltstitelstelle, sondern gingen letztlich in viele verschiedene Bereiche ein. Daher könne man dies nicht so beurteilen.

Die Bundesregierung begrüße, dass der Stellenwert der Wissenschaftskommunikation insgesamt deutlich zugenommen habe. Das habe die Debatte im Ausschuss, im Plenum sowie das öffentliche Fachgespräch gezeigt. Die Rolle von Kommunikation über Wissenschaft, Kommunikation in der Wissenschaft und von der einordnenden journalistischen Betrachtung habe durch die Corona-Pandemie deutlich an Relevanz und Sichtbarkeit gewonnen. Die FDP-Fraktion habe den NDR-Podcast von Professor Drosten angesprochen. Bei diesem seien Bevölkerungskreise und -schichten erreicht worden, die sich vorher in der Intensität nie mit den Themen auseinandergesetzt hätten. Das zeige die Relevanz und auch die Chance, die in diesem Thema enthalten sei.

Natürlich müsse man auch überlegen, wie man sich weiterentwickle. Aus diesem Grund habe das BMBF einen Aufschlag mit einem Papier zur Wissenschaftskommunikation gemacht. Man begrüße die viele Reaktionen unterschiedlicher Art, was für eine offene und demokratische Gesellschaft spreche. Auch im öffentlichen Fachgespräch habe man viel positives Feedback bekommen. Ob, wie von der FDP-Fraktion ausgeführt, der Bayerische Wald nicht erreicht werde, sei zu bezweifeln. Die Bundesregierung weist auf die Projekte der Bundesregierung der vergangenen Jahre hin. Hier sei insbesondere das Wissenschaftsjahr zu nennen, das es seit vielen Jahren gebe. Hierbei habe man viele hundert Partner im ganzen Land und die Breite der Bevölkerung im Blick, nicht nur die sogenannten Wissenschaftseliten. Auch die Aktivitäten und Förderprojekte würden nicht nur in den Ballungsräumen gefördert, sondern überall im Land. Ein Beispiel unter vielen sei hier der Touring-Bus der Gesellschaft für Informatik oder die MS Wissenschaft.

Das BMBF werde die Denkwerkstatt #FactoryWisskom auf den Weg bringen, um die Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen miteinzubeziehen. Es müsse nicht nur der einzelne Wissenschaftler und die einzelne Wissenschaftlerin unterstützt werden, sondern auch die Spitzen der Wissenschaftsorganisationen müssten mit Verantwortung übernehmen. Die von der FDP-Fraktion angesprochene zeitliche Verzögerung sei der Corona-Pandemie geschuldet. Die Auftaktveranstaltung sei nun für September vorgesehen, wo die Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen mit anderen Beteiligten und der Ministerin zusammenkommen würden. Die Beteiligten hätten sich auf dieses Verfahren verständigt.

Das Thema Wissenschaftsjournalismus habe in der Debatte eine große Rolle gespielt. Man brauche eine starke Wissenschaftskommunikation und einen starken Qualitätsjournalismus, der sich mit Wissenschaftsthemen auseinandersetze. Gerade der Qualitätsjournalismus habe die große Chance, wissenschaftliche Themen einzuordnen und sie auch zu bewerten. Beides sei für eine funktionierende gesellschaftliche Verständigung über immer komplexer werdende Themen notwendig. Allerdings seien Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus natürlich nicht das Gleiche. Die Möglichkeiten bei Letzterem von Seiten des Staates zu intervenieren, seien sehr gering. Aus diesem Grund sei die zurückhaltende Antwort auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN erfolgt. Für die Bundesregierung habe es absoluten Vorrang, dass die journalistische Unabhängigkeit erhalten bleibe. Die Bundesregierung gehe davon aus, dass dies grundsätzlich etwas sei, was der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Vergangenheit sehr wichtig gewesen sei. Die Unabhängigkeit des Journalismus und auch des Wissenschaftsjournalismus habe einen extrem hohen Stellenwert. Die Schwierigkeiten, die man hier sehe, seien im Übrigen auch ein Ergebnis der massiven Umbruchsituation in der Medienlandschaft. Es wäre wahrscheinlich zu kurz gesprungen, wenn man annehmen würde, diese grundsätzlichen Veränderungen mit einer Organisation auffangen zu können. Alles, was in diesem Bereich gemacht werde, müsse juristisch sehr sauber geprüft werden. Man werde über neue Konzepte zur strukturellen Stärkung der Wissenschaftskommunikation und über Möglichkeiten der Stärkung des Wissenschaftsjournalismus in der Denkwerkstatt #FactoryWisskom intensiv sprechen.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass man auch eine Wirkungsmessung/Evaluation der Wissenschaftskommunikation auf den Weg bringen wolle. Hier seien die ersten Schritte gemacht. Es gebe es eine Impact Unit, die im Zusammenwirken und in Verantwortung von „Wissenschaft im Dialog“, Wissenschaftskommunikation evaluiere und sich dem Thema Wirkungsmessung annehme.

Zum Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Framing der Wissenschaftskommunikation für gesellschaftspolitische Ziele im Namen der Wissenschaftsfreiheit verhindern“ verweist die Bundesregierung auf den weiteren Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Deutsch als Wissenschaftssprache erhalten und stärken“. Sie merkt an, dass den Antragstellern offensichtlich die Ironie entgangen sei, die im semantischen Widerspruch dieser beiden Titel zu finden sei.

Die Fraktion DIE LINKE. habe das Thema Bürgerforschung und Citizen Science angesprochen. Dies sei auch aus Sicht des BMBF ein ganz wichtiges Momentum, was man weiter ausbauen möchte.

Abschließend begrüßt die Bundesregierung, dass die Koalitionsfraktionen in ihrem Änderungsantrag die wichtige Rolle der Forschungsmuseen herausgestellt hätten. Dies sei aufgrund der zunehmenden Beliebtheit und der Frequentierung der Forschungsmuseen sowie der Bevölkerungskreise, die damit erreicht würden, ein sehr wichtiger Punkt.

Vom Ausschuss angenommener Änderungsantrag

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD brachten einen Änderungsantrag ein. Der Wortlaut ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (auf Seite 7 dieser Drucksache) zu entnehmen.

Voten der Fraktionen:

Zustimmung: CDU/CSU, SPD

Ablehnung: AfD

Enthaltung: FDP, DIE LINKE., B90/GR

Berlin, den 1. Juli 2020

Dr. Stefan Kaufmann
Berichtersteller

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichtersteller

Dr. Marc Jongen
Berichtersteller

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Dr. Anna Christmann
Berichterstellerin

